

# RefRat der HU gesetzlich AStA

ReferentInnenrat des StudentInnenparlaments der Humboldt-Universität zu Berlin

## Referat für Hochschulpolitik



**An das Studierendenparlament  
der Humboldt-Universität**

hopo@refrat.hu-berlin.de;

<http://www.refrat.de>

es schreibt: Lena Müller

Berlin, den 6.11.2008

### **Das StuPa möge beschließen:**

Das Studierenden-Parlament der Humboldt-Universität lehnt die geplante Einrichtung des kostenpflichtigen weiterbildenden Master-Studienganges „Public Policy“ aus folgenden Gründen ab:

1. Kostenpflichtige Studiengänge schließen grundsätzlich einen Teil von Studierwilligen vom Studium aus, weshalb wir jeden jeden gebührenpflichtigen Studiengang ablehnen. Mit den Gebühren von 18 000 € werden breite Teile der Bevölkerung von diesem Studium und damit vom dort vermittelten Wissen ausgeschlossen.
2. Bei dem in diesem Studiengang vermittelten Wissen handelt es sich um die Befähigung zur Entwicklung und Durchsetzung von politischen Zielen innerhalb der Gesellschaft. Dieser Wissenserwerb wird nur einer Minderheit (die sich 18 000€ für eine zweijährige Ausbildung leisten kann) ermöglicht. Da es aber in einer demokratischen Gesellschaft jedem gleichberechtigt möglich sein sollte politische Ziele zu entwickeln und durchzusetzen, sollte gerade dieses Wissen auch allgemein zugänglich sein. Der angemessene Ort für diese Wissensvermittlung ist also nicht ein mit vielen Exklusionsmechanismen versehener kostenpflichtiger weiterbildender Master-Studiengang, sondern ein allgemein zugänglicher Volkshochschulkurs.
3. Eine öffentliche Hochschule sollte sich ihrer Verantwortung für die demokratische Gesellschaft bewusst sein und einen solchen Studiengang nicht einmal mit ihrem Namen unterstützen.  
Sie sollte sich dem öffentlichen Interesse der gesamten Bevölkerung an gleichberechtigter Teilhabe an Wissen und Herrschaft eher verpflichtet fühlen, als dem Service-Wunsch von Unternehmen und Lobbygruppen.

### **Begründung:**

An der Humboldt-Universität soll derzeit der kostenpflichtige Studiengang „Public Policy“ eingerichtet werden. In der Kommission für Lehre und Studium wurde die Einrichtung dieses Studienganges bereits abgelehnt, aber es ist zu erwarten, dass der Akademische Senat der Humboldt-Universität in seiner nächsten Sitzung nicht der Meinung seiner Kommission folgen wird.

Das Referat für Hochschulpolitik sieht in der Einrichtung dieses Studienganges eine weitere Abkehr von einem allgemeinen und demokratischen Bildungsbegriff, da von dem hier vermittelten Wissen offensichtlich nur eine sehr eingeschränkte Elite profitieren kann. Besonders zynisch ist es, dass dieser Studiengang die Fähigkeit zur Durchsetzung politischer Ziele vermitteln soll. Dieser Studiengang vermittelt also Herrschaftswissen an die gesellschaftliche Elite. Er widerspricht sowohl dem demokratischen Grundbedürfnis nach gleichberechtigtem Wissenszugang als auch nach gleichberechtigter Teilhabe an Herrschaft.

Studien-, Prüfungs- und Gebührenordnung, das Konzept des Studienganges, Modulbeschreibungen usw. werden auf Anfrage unter [hopo@refrat.hu-berlin.de](mailto:hopo@refrat.hu-berlin.de) zugeschickt. Fragen beantworten wir ebenfalls immer gerne und freuen uns über Kritik und Anregungen.